



Der Newsletter der Fachorganisation AOZ enthält Hinweise auf Entwicklungen im Migrations-, Integrations- und Sozialbereich. Zudem informiert er über Neuigkeiten aus der AOZ. Der Newsletter erscheint alle zwei Monate und kann auf www.aoz.ch abonniert werden.

AOZ Newsletter Nr.1 / Februar 2012

Aktuelles aus dem Migrations-, Integrations- und Sozialbereich

EU-Kommission thematisiert Familienzusammenführung

Die EU-Kommission reagiert auf nationale Vorstösse in verschiedenen europäischen Ländern. Mitte November 2011 eröffnete sie eine «EU-Vernehmlassung» zur Familienzusammenführung von Drittstaatsangehörigen. Mit einem so genannten «Grünbuch» stellt sie Fragen zu den aktuellen EU-Vorschriften von 2003. Interessierte können bis am 1. März 2012 Stellung nehmen.

[Grünbuch zum Recht auf Familienzusammenführung - 15. Nov. 2011](#)

Erneute Revision des Ausländergesetzes in der Vernehmlassung

Der Bundesrat eröffnete Ende November 2011 das Vernehmlassungsverfahren zu einer Teilrevision des Ausländergesetzes (neu *Ausländer- und Integrationsgesetz*). Die vorgeschlagenen Neuerungen beinhalten unter anderem Verschärfungen betreffend der Erteilung von Aufenthaltsrechten und des Familiennachzugs aus Drittstaaten. Bei Personen mit grossen Integrationsrisiken soll künftig zwingend eine Integrationsvereinbarung angewendet werden. Die Vernehmlassungsfrist endet am 23. März 2012.

[Medienmitteilung EJPD vom 23. Nov. 2011](#)

Höhere Asylgesuchszahlen im Jahr 2011

Im vergangenen Jahr stieg die Zahl der Asylgesuche gegenüber dem Vorjahr um rund 45% auf 22'551 an. Diese Veränderung liegt unter anderem in den politischen Umwälzungen Nordafrikas begründet. Sie hatten Auswirkungen auf die Migrationsrouten sowie auf die Zusammensetzung der Herkunftsländer. Die meisten Asylsuchenden kamen 2011 aus Eritrea, Tunesien und Nigeria. Die Anerkennungsquote stieg auf 21%, die Quote der vorläufigen Aufnahmen sank auf 12%.

[Medienmitteilung des BFM vom 19. Jan. 2012](#)

Suche nach Unterkünften für Asylsuchende führt zu Kontroversen

Nationale, kantonale und kommunale Behörden stossen bei der Suche nach Asylunterkünften fast überall auf Widerstand. Beispielsweise in Eglisau ZH stoppt der Kanton die Planung eines Durchgangszentrums. In Bettwil AG konnte mit einem Rechtsgutachten die Eröffnung einer Bundesunterkunft vorerst verhindert werden. In Weggis LU wird nun doch keine kantonale Asylunterkunft eröffnet. In Schmidrüti oberhalb von Turbenthal ZH steht die Nutzung einer ehemaligen Militärunterkunft zur Diskussion. Hingegen stellt die Stadt Zug ein ehemaliges Altersheim für die Unterbringung von rund 60 Asylsuchenden zur Verfügung.

BFM passt Asyl-Unterbringungsstrategie an

Der Bund weicht von seiner ursprünglichen Absicht, rund 5'000 Plätze in grossen Bundeszentren analog dem «Holländischen Modell» anzubieten, ab. Da sich die Suche nach solchen Unterkünften schwierig erweist, müssen neue Lösungen gesucht werden. Ziel bleibt jedoch gemäss Bundesrätin Simonetta Sommaruga die Verfahrensbeschleunigung, indem alle in ein Asylverfahren involvierten Akteure – das Bundesamt für Migration, die Vollzugsbehörden, Rechtsanwälte und Hilfswerke und möglichst auch das Bundesverwaltungsgericht – nah zusammengebracht werden. Dies soll in Bundeszentren, in kleineren kantonalen Zentren oder auch in Mischformen möglich sein.

[Interview Simonetta Sommaruga - NZZ am Sonntag, 30. Jan. 2012](#)

Reisefreiheit von vorläufig Aufgenommenen soll eingeschränkt werden

Seit März 2010 dürfen vorläufig Aufgenommene ohne Angaben von Gründen ins Ausland reisen. Es droht ihnen jedoch die Aufhebung der vorläufigen Aufnahme, wenn sie in ihr Heimatland reisen. Aufgrund mehrerer politischer Vorstösse hat das EJPD am 11. Januar 2012 ein Anhörungsverfahren zur Totalrevision der Verordnung über die Ausstellung von Reisedokumenten für ausländische Personen (RDV) eröffnet. Die Reisefreiheit von vorläufig aufgenommenen Personen soll wieder aufgehoben werden durch eine Einführung von klar vorgegebenen Reisegründen. Die Anhörung läuft bis am 12. März 2012.

[Medienmitteilung BFM - 13. Jan. 2012](#)

[Totalrevision RDV - Dokumente zur Anhörung](#)

Ehe von Sans Papiers darf nicht systematisch verweigert werden

Das Bundesgericht sprach sich mit einem Entscheid im November 2011 gegen ein generelles Heiratsverbot für Sans Papiers aus. Falls eine ehrliche Absicht bestehe, müssen gemäss Bundesgericht die kantonalen Fremdenpolizeibehörden dem Recht auf Eheschliessung Rechnung tragen und den Betroffenen eine provisorische Aufenthaltsbewilligung ausstellen. Damit zeigt das Gericht einen Weg auf, wie die Anfang 2011 eingeführte Bestimmung im Zivilgesetzbuch, dass sich die Ehepartner rechtmässig in der Schweiz aufhalten müssen, menschenrechtskonform umgesetzt werden kann.

[Bundesgerichtsentscheid vom 23. Nov. 2011 \(Urteil 2C_349/2011\)](#)

Kt. Zürich: Abstimmung zum neuen Bürgerrechtsgesetz im März 2012

Im Kanton Zürich kommen am 11. März 2012 ein neues Bürgerrechtsgesetz sowie ein Gegenvorschlag der SVP zur Abstimmung. Voraussetzung für die Einbürgerung soll zukünftig die Niederlassungsbewilligung C sein. Weitere Verschärfungen betreffen die Wohnsitzdauer und die Prüfung der Integration bei jungen Ausländer/innen, die in der Schweiz aufgewachsen sind. Die Einschätzungen zum neuen Gesetz, das die kommunalen Verfahren im Kanton vereinheitlichen soll, fallen sehr unterschiedlich aus. Bemerkenswert ist, dass der Regierungsrat beide Vorlagen ablehnt.

[Medienmitteilung des Regierungsrates vom 6. Jan. 2012](#)

Aktuelles aus der Fachorganisation AOZ

Weitere AOZ Programme erhalten SVOAM-Qualitätslabel

Neben dem Workcenter sind seit Mitte Januar 2012 die AOZ Integrationsprogramme und das Brückenangebot Trampolin Basic SVOAM-zertifiziert. Somit verfügt die AOZ mit dem eduQua und dem SVOAM Label über zwei wichtige Qualitätsauszeichnungen im Bereich Bildung und Arbeitsintegration.

[AOZ Angebote Bildung und Arbeitsintegration](#)

[Website SVOAM](#)

Hinweise auf Veranstaltungen und Publikationen

Tagung des Fachverbandes ZAKK

Am Donnerstag, 15. März 2012 führt die Zürcher Asylkoordinatorinnen und Asylkoordinatoren-Konferenz ZAKK im Kulturhaus Helferei in Zürich eine interessant besetzte Fachtagung zum Thema «Begegnung auf Augenhöhe – in einem professionellen Kontext» durch.

[Programm und Anmeldung](#)

Internationales Europa Forum Luzern zum Thema «Streitpunkt Zuwanderung»

Am 23./24. April 2012 findet das 22. internationale Europa Forum statt. Die Tagung im KKL Luzern spannt den Bogen zwischen wirtschaftlicher Notwendigkeit und politischen Grenzen der Zuwanderung. Prominente Politiker/innen und Expert/innen sollen Wege aufzeigen, wie ökonomisch und gesellschaftlich sinnvolle Lösungen aussehen könnten.

[Programm und Anmeldung](#)

Sozialbericht des Kantons Zürich neu mit einem Asyl-/Flüchtlingskapitel

Gemäss Sozialbericht wird rund die Hälfte der im Kanton lebenden Personen des Asyl- und Flüchtlingsbereichs finanziell unterstützt (5'500 Personen SKOS/Asylfürsorge und 2'100 Personen Nothilfe). – 6.3% der Ausländer/innen beziehen Sozialhilfe, dies ist knapp dreimal mehr als Schweizer/innen. Interessant ist, dass ausländische Kinder und Personen zwischen 35 und 60 vermehrt Sozialhilfe beziehen, jedoch rund 25-jährige ausländische Personen fast die gleich tiefe Sozialhilfequote wie Schweizer/innen aufweisen.

[Medienmitteilung Statistisches Amt Kanton Zürich vom 17. Nov. 2011](#)

Internationaler Bericht zur Migration 2011

Der von der «International Organisation for Migration» publizierte «World Migration Report 2011» thematisiert unter anderem die Herausforderung, die öffentliche Kommunikation über Migrant/innen und Migration besser zu gestalten.

[World Migration Report 2011 - IOM](#)